

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

<p>Bezugspreise: Einzelnnummer 25 Pf. — Durch Zusteller oder durch die Post: monatlich 2,50 RM., vierteljährlich 7,50 RM. frei ins Haus.</p>	<p>Postfachnummer, Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag“, o. G. m. b. H., Breslau.</p>	<p>Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile über deren Raum 0,90 RM., auswärts 1,00 RM. Stellen- und Wohnungsbureau Familienwirtschaftlichen Vereinen und Versammlungs-Anzeigen 0,50 RM. Reklame: Die Reklamezeile, dreizehnpalmet über deren Raum, hinter Text 3.- RM.</p>
--	---	--

## Proletarier! Demonstriert in Massen gegen die Teuerung, gegen die Arbeitslosigkeit, für den Sozialismus!

### Genossen!

Die Teuerung hält an, nimmt zu (die neue Ernte), die Arbeitslosigkeit wächst, denn die Unternehmer sabotieren des Profits wegen die Produktion; der Kapitalismus zeigt sich in seinem ganzen furchtbaren Wahnsinn; das Proletariat verelendet, verkommt, leidet.

### Genossen!

**Demonstriert** gegen die kapitalistische Anarchie! für die Regelung der Produktion durch die Betriebsräte! für den Sozialismus!

### Die Selbsthilfe des Volkes gegen die hohen Preise.

In Jülich kam es zu einer Kundgebung gegen die Teuerung der Lebensmittel. In einer Versammlung auf dem Marktplatz wurde beschlossen, die Lebensmittelpreise auf die Hälfte herabzusetzen und diesen Beschluß den Händlern sofort mitzuteilen. In einem Geschäft wurden die Lebensmittel zu den um 50 Prozent herabgesetzten Preisen von Demonstranten sofort selbst verkauft. In Ausbreitungen ist es nicht gekommen.

Freiburg i. Breisgau. In einem Akt der Selbsthilfe des Publikums kam es auf dem Wochenmarkt. Eisenbahner und organisierte Arbeiter erschienen morgens auf dem Markt und setzten die Preise fest. Es ereigneten sich keine Ausschreitungen.

München. In sechs, zum Teil stürmisch verlaufenen Massenversammlungen der freien Gewerkschaften in München wurde eine Entschloßung angenommen, worin es u. a. heißt, daß die Arbeiterklasse gegen die Lebensmittelteuerung zur Selbsthilfe greifen müsse. Die Arbeiterklasse von ganz Deutschland befindet sich in höchster Erregung. Die Selbsthilfe müsse organisiert und kräftig in ganz Deutschland durchgeführt werden. Die führenden Gewerkschaften richten an die Arbeiterklasse ganz Deutschlands den Aufruf, durch ihre Zentralorganisation eine weitverbreitete Kundgebung vorbereiten zu lassen gegen die wucherische Preisgestaltung und für den sofortigen Preisabbau.

### Die Wucherer boykottieren.

Die Obstzüchter von Werder protestierten in einer Versammlung gegen die vom Zweckverband Groß-Berlin festgesetzten Verkaufspreise für Obst und beschlossen, bis zur Aufhebung dieser Höchstpreise den Obstboycott über Groß-Berlin zu verhängen.

### Klassenjustiz.

Das Raumburger Schwurgericht erkannte gegen 28 Angeklagte, die wegen der Vorgänge des mitteldeutschen Berg-

arbeiterstreiks im März v. J. vor Gericht gestellt worden waren, auf insgesamt 70 Jahre Zuchthaus, 70 Jahre Gefängnis. Mildernde Umstände wurden fast durchweg verlagert. Sechs Prozesse gegen ungefähr 100 Angeklagte stehen noch aus.

Die Raumburg nachliegende Stadt Weihenfeld ist seit Freitag nacht mit 450 Mann Reichswehrtruppen mit schweren Geschützen und Minenwerfern besetzt. Die Arbeiterklasse des Raumburg-Weihenfelder Braunkohlensieles, sowie die gesamte Industriearbeiterklasse ist wahrscheinlich als Protest gegen die Schandurteile in den Generalstreik.

### Sommer wieder Attentate auf Pazifisten.

Am 5. Juli abends sollte in Hagen i. W. eine Versammlung des Internationalen Bundes der Kriegsbekämpfenden und Hinterbliebenen stattfinden, in der Genosse Karl Tiedt über Weltfrieden und Völkerverbrüderung sprechen wollte. Als er den Saal betrat, erfolgte darin eine schwere Explosion, durch die zahlreiche Teilnehmer an der überfüllten Versammlung zum Teil schwer verletzt wurden. Eine Untersuchung ergab, daß Explosivstoffe vom Ofen her bis zum Bühnenaufgang geleitet hatten. Genosse Tiedt blieb unverletzt und kamie vor dem Versammlungsort zum unverzagten Kampf gegen Chauvinismus und Völkerverbrüderung aufzufordern. Die Täter sind noch nicht ermittelt worden und kein Zweifel, man kennt das ja, sie werden wohl auch so bald nicht ermittelt werden.

In Berlin studentierten zu gleicher Zeit deutsch-nationale Studenten in einer vom Deutschen pazifistischen Studentebund einberufenen Versammlung. Während des Referates des bekannten Kunsthistorikers Dr. Max Déri über „Weg zum Pazifismus“ blieb es noch verhältnismäßig ruhig. Der Vortrag sollte erst ein, als der bekannte Professor Nikolai das Wort ergriff. Über 20 Minuten lang tobten die deutschnationalen Heldenjünglinge, bis sie dann unter Führung eines italienischen Studenten abzogen. Gegen Schluß der Versammlung kehrten sie noch einmal zurück und vollführten einen solchen Lärm, daß der Leiter die Versammlung schließen mußte.

### Aus dem Reichstag.

In der Reichstags-Sitzung am 5. Juli wurde ein Antrag unserer Fraktion zur Ernährungsfrage behandelt. In längeren Ausführungen legte im Auftrag unserer Fraktion der Genosse Dr. Paul Herz unseren Standpunkt zur Ernährungsfrage klar. Als zweiter Redner unserer Fraktion

sprach der Genosse Sauerbrey. Der Regierungsvertreter gab eine nichtisagende Erklärung ab.

In der Sitzung am 6. Juli wurde ein Beschluß des Seniorentenents angenommen, daß der Reichstag aus Anlaß der Konferenz in Spaa vertagt wird, weil die meisten Regierungsmitglieder in Spaa weilen. Ferner nahm der Reichstag in einer kurzen Sitzung Stellung zu einem Änderungsantrag zum Einkommensteuergesetz. Im Auftrag unserer Fraktion gab der Genosse Eichhorn eine sachgemäße und prinzipielle Erklärung ab.

### Keine Reform des Einkommensteuergesetzes.

Unsere Genossen hatten bei Annahme der Arbeit des Steueraususses des Reichstages vorgeschlagen, nicht nur über die Befreiung oder Milderung des zehnprozentigen Lohnabzuges zu beraten, sondern sofort das gesamte Einkommensteuergesetz einer Prüfung zu durchziehen. Insbesondere müßten die Bestimmungen über die Zusammenlegung des Einkommens von Mann und Frau zum Zwecke der Steuerbelastung fallen, die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimum und eine Milderung des Tarifes erfolgen. Der Ausschuss beschloß, sich nur auf die Frage des Lohnabzuges zu beschränken. Unsere Forderung wird nunmehr eine Novelle zum Einkommensteuergesetz in Form eines Antrages im Plenum des Reichstages einbringen.

### Spaa.

In der Dienstag-Sitzung wurde die Frage der Entwaffnung Deutschlands behandelt. Lloyd-George stellte fest, daß in militärischen Dingen Deutschland bis jetzt den Friedensvertrag nur gering innegehalten habe. Die Reichswehr umfasse 200000 statt 100000 Mann, statt 2000 sind 50000 Maschinengewehre, statt 230 sind 12000 Geschütze in deutscher Hand; ebenso steht es mit den Gewehren. Reichswehrminister Götler erklärte, daß die demokratische Republik Deutschland unbedingt ein Heer von 200000 Mann brauche, um den Stürmen der sozialen Revolution standhalten zu können.

### Aus dem künftigen Ungarn.

Budapest. Der noch immer nach dem beschleunigten Verfahren urteilende Senat des ungarischen Strafgerichtshofes in Budapest verurteilte die Arbeiter Anton Prasser, Franz Boros und Friedrich Bela Köder, die während der Diktatur des Proletariats an der Niederrückung einer gegenrevolutionären Bewegung in der Provinz teilgenommen hatten, zum Tode durch den Strang.

## Wirtschaft?

L. D. Li. Die Massen des deutschen Volkes (vor allen Dingen das Stadt-Proletariat) waren und sind wieder mal in Bewegung. Wellen proletarischer Aktivität gingen durch das Land und sind noch nicht zerbrochen, sondern spritzen da und dort weiter auf. Die Massen mit Einschluß des sogenannten Mittelstandes (dem es nämlich ganz besonders schlecht geht) rebellierten und demonstrierten (um es noch heute und werden es auch morgen tun) gegen die hohen, unerträglichen Lebensmittel- und sonstigen Warenpreise, protestierten und streikten gegen den zehnprozentigen Lohnabzug zu Steuerzwecken. Es gab blutige Märsche und Landplünderungen, die übrigens zum Teil von Provokateuren aus antisozialdemokratischem Lager inszeniert waren, um die politischen Geschäfte der Kontrevolution zu befördern; die Demonstranten oder deren Vertretungen (auch Stadtparlamente) setzten die Preise zwangsweise um viele Prozent (50 und mehr) herab; in großen Versammlungen wurde dem Entschloß und der Empörung über die wirtschaftliche Not der Besitzlosen Ausdruck gegeben. Aus dem Hunger, der nackten Notdurft heraus ergab und ergibt sich die Aktivität. Das Volk sieht auf den Märkten, in den Auslagen der Geschäfte Lebensmittel, Kleider, Waren in Menge und in bester Beschaffenheit, aber die zu hohen Preise verbieten ein Kaufen; es bleibt auf das fast ungenießbare, seltsame Brot und sonstige elementare Notwendigkeiten (ein paar Kartoffeln, ein

bisshen Gemüse) angewiesen, und läuft weiter in Reihen (mehr oder minder verdeckt) herum. Die Güter der Erde sind eben nur für den Besitzenden (Anbauer) da. Und aus Inninst, ganz einfach aus Wut und Verzweiflung, gegen diese böse Welt, und nur zu geringem Teil bewußt revolutionär, schreitet dann die Massen zu Aktionen, lassen sich leicht von charakterlosen Provokateuren mißbrauchen, erzwingen für ein paar Tage eine Preislenkung, protestieren dumpf und wissen noch viel zu wenig, daß nur durch resolute Vernichtung des kapitalistischen Profit systems die natürliche Milderung aller Lebensverhältnisse herbeigeführt werden kann: Hungeraufstand, aber keine geschlossenen, bewußt revolutionären Taten. Die Fortexistenz der Ausbeutung, der Wucherwirtschaft (Wucher als notwendige Folge kapitalistischer Progreß) aber führt zu neuen Preiserrhöhungen, zu weiterer Verelendung des Volkes, während die großen und kleinen „oberen Zehntausend“ weiter im Sachvergnügen tanzen.

Die im Besitz der wirtschaftlichen und politischen Macht befindliche Bourgeoisie läuft gegen die im Kriege geübene Zwangswirtschaft (um das Durchhalten zu ermöglichen) von Tag zu Tag wilder Sturm. Produzenten und Händler (Agrarier, Getreidehändler, Bäcker) richten an die Regierung Eingabe auf Eingabe um Wiederherstellung des „produktiven“ freien Handels, ihre Presse und Fortwärtler werfen in dasselbe Horn — und sollte die sofortige Freigabe des betreffenden Wirtschaftszweiges doch noch nicht möglich

sein, so werden wenigstens „angemessene“ Preiserrhöhungen verlangt. In der Provinz ist ja die Zwangswirtschaft auf den Gebieten, wo sie noch besteht, längst (in den letzten Monaten besonders stark) geradezu grotesk durchgebrochen, wie sie ja nie restlos durchgeführt war. Solange es auf Basis des Privatbesitzes an Produktionsmitteln die Profitwirtschaft gibt, werden Betrug, Hintergehung, Vorkrieg an der Tagesordnung sein. Die Agrarier und Händler machen also durchaus, was sie wollen; wer am besten zahlt, bekommt die Ware, die Zwangswirtschaft, die Kontrollkommissionen können ihnen den Buckel herunterrutschen, der Wucher wird ja nicht bestraft, denn der Agrar- sowie Händlerbourgeois und der Bourgeois des Gerichts, sind sie dem Feinde? Wie toll und strupplos ist die „vaterländischen“ Landwirte treiben, die ihren Landarbeitern keinen Bissen können und die Tarifverträge sabotieren, davon nur zwei jämmerliche Beispiele. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet unter der Spitzmarke „Die verbotene Nachschau“:

Wie das „Pyriker Kreisblatt“ erzählt, soll sich am Dienstag eine Kommission der Reichsgetreidestelle im Pyriker Kreise befunden haben, die eine Nachschau bei den ländlichen Besitzern vorzunehmen beabsichtigte. Als Sprecher der Landwirte nahm Herr Blantenhagen-Raditz Gelegenheit, der Kommission bei ihrem Eintreffen sofort mitzuteilen, daß die Landwirte des Kreises im Landbund geschlossen zusammenstünden. Eine Nachschau würde sich kein Landwirt mehr gefallen lassen. Die Berliner Herren mußten also umverrichteter Sache umkehren.





